

***Gesamtstaatliche Sicherheit
aus Sicht der Bundesregierung***

Rede

von Bundesminister

Dr. Wolfgang Schäuble

zum Abschluss der Veranstaltungsreihe

„Gesamtstaatliche Sicherheit“

der Bundesakademie für Sicherheitspolitik und des

„Berliner Forum Zukunft“ des Forschungsinstituts der

Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik

am 8. Dezember in Berlin

Sie haben die heutige Konferenz dem Thema „Fortentwicklung der deutschen Sicherheitsarchitektur“ gewidmet. Vielleicht sollte ich sagen, dass ich mit dem Begriff Sicherheitsarchitektur immer ein bisschen zögerlich bin, weil man unter Architektur ja klare Strukturen, Verlässlichkeit, Stabilität versteht. Und die Frage ist eben, ob wir in dieser modernen, globalisierten, diversifizierten Welt überhaupt noch die klaren Strukturen, Verlässlichkeiten, Stabilitäten haben, an die eine architektonisch organisierte Sicherheitspolitik anknüpfen könnte.

Die Konfrontation der zwei Blöcke, der antagonistischen Supermächte, die wir im Ost-West-Konflikt nach dem Zweiten Weltkrieg, im Kalten Krieg mit seinen atomaren Drohungen der gegenseitigen Vernichtungsfähigkeit hatten, ist vorbei. Damals hatten wir dann doch eine übersichtlichere Lage. Jedenfalls hatte man nach Kuba- und Berlin-Krisen einigermaßen gelernt, damit umzugehen. Man konnte hoffen, dass die große Katastrophe vielleicht doch vermieden werden könnte – wobei die Ehrlichkeit gebietet hinzuzufügen, dass die allerwenigsten gewusst haben, wie die Sache ohne

eine große Katastrophe ausgehen sollte. Dass dies gelungen ist, ist für mich das eigentliche Wunder.

Inzwischen haben wir eine neue Situation. Die Etats für Zivilschutz und Verteidigung sind zurückgefahren worden. Aber der paradiesische Zustand vom ewigen Frieden ist nicht ausgebrochen. Die Geschichte ist auch nicht an ihr Ende gelangt. Wir haben inzwischen gelernt, dass die Welt nicht sicherer geworden ist, sondern nur die Bedrohungen andere. Die eine große Bedrohung haben wir vielleicht nicht mehr, nämlich die des atomaren Holocausts, obwohl wir nicht einmal sicher sein können, ob die nicht schneller wiederkommt, als wir uns das wünschen.

Die Bedrohungen sind vielfältiger, unberechenbarer geworden. Aber vielleicht ist es auch so, dass wir mit dem Ende des Kalten Krieges überhaupt erst wieder richtig wahrnehmen, wie vielfältig die Welt nicht geworden, sondern immer gewesen ist. Vielleicht haben wir durch die Blockkonfrontation bis 1989 gar nicht so richtig wahrgenommen, was außerhalb unserer eigenen Befindlichkeit alles stattgefunden hat. Seit dem Ende des Vietnamkriegs haben wir uns ja eigentlich kaum noch damit beschäftigt, dass es in anderen Teilen der Welt zuhauf Kriege gab. Vielleicht lag es auch daran, dass man seit dem Vietnamkrieg nicht mehr bei jedem Krieg gegen die Amerikaner demonstrieren konnte. Wer hat sich noch mit Kambodscha beschäftigt? Wer hat sich für Ruanda oder Burundi wirklich interessiert, für das Gemetzel der Hutu und Tutsi? Der erste Golfkrieg zwischen Irak und Iran hat uns auch nicht sonderlich aufgeregt, obwohl er ziemlich lange dauerte und mit hohen Opferzahlen verbunden war. Grund zur Erregung hätte es hinreichend gegeben.

Wir nehmen auch stärker wahr, dass die Konflikte selbst vielfältiger sind. Wir hatten ja in Europa schon geglaubt, dass das mit dem Westfälischen System alles wunderbar geregelt sei. Es war zwar auch im Westfälischen System nicht eben perfekt geregelt, aber immerhin konnte man ja die Fiktion haben, dass Kriege seit dem Westfälischen Frieden normalerweise mit langen Vorbereitungszeiten, Mobilmachungen und Kriegserklärungen beginnen.

Im Übrigen glauben manche immer noch, dass die asymmetrische Kriegsführung etwas sei, was die Terroristen neu in die Welt gebracht haben – obwohl es vermutlich

so ist, dass die symmetrische Kriegsführung in der Geschichte eher die Ausnahme und die asymmetrische die Regel war. Und es ist auch nicht so, dass es nur die Terroristen sind, die asymmetrische Kriegsführung betreiben. Was die modernen Militärexperten mit der „Revolution in Military Affairs“ meinen, mit Network Centric Warfare – also einer Kriegsführung, bei der man irgendwo auf einen Knopf drückt und in einem anderen Teil der Welt die Auswirkungen zu sehen sind –, ist auch keine wirklich symmetrische Kriegsführung. Das hat auch eine ganze Menge von Folgen. So wird der Kombattantenstatus auch daher immer fragwürdiger – und damit haben sich ja nun Generationen von Völkerrechtlern nicht nur beschäftigt, sondern auch beruhigt, weil es ja doch irgendwie geordnet schien und man auch juristisch darüber streiten konnte, wie nun genau abzugrenzen sei.

Und wir haben den Prozess des Outsourcings, Public-Private-Partnerships und all diese wunderbaren Dinge auch im Bereich der Sicherheit nach außen wie nach innen. Auch diese Phänomene verstärken die asymmetrischen Momente jeder Kriegsführung und neuen Bedrohung. Das alles nehmen wir nun viel stärker wahr. Und mit alledem verändert sich die völkerrechtliche Debatte viel stärker, als es die Mehrzahl derjenigen, die sich an unseren Debatten in Deutschland beteiligt, in den letzten Jahren wahrnehmen wollte oder wahrgenommen hat. Es kommt hinzu, dass die Staaten ihr Kriegsführungsmonopol, das sie sich im Westfälischen System jedenfalls in Europa einigermaßen erobert zu haben glaubten, verloren haben. Auch die regionalen Bezüge haben sich immer mehr aufgelöst, das hat natürlich auch mit Network Centric Warfare zu tun.

Das alles und anderes mehr macht die Welt der Globalisierung unübersichtlicher. Im Kern ist dieser Prozess der Globalisierung nach meinem Verständnis ganz stark verbunden mit dem Tempo der Veränderung in den wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und anderen Strukturen. Das hat auch mit dem technischen und wissenschaftlichen Fortschritt zu tun. Und es betrifft uns auch bei der Frage, ob der Islam Teil Europas oder Teil Deutschlands ist. Denn der Islam ist damit konfrontiert, viel schneller zu bewältigen, was das christlich geprägte Europa mit Religionskriegen bis zur Aufklärung über Jahrhunderte geleistet hat. Die Dinge geraten in Bewegung, aber die schnelleren Veränderungen sind auch ein Grund für wachsende Spannungen, weil sie die Menschen verunsichern – und das nicht nur in anderen Kontinenten. Ich glau-

be, dass diese Verunsicherung einer der Gründe ist, warum auch in den Wohlstandsgesellschaften die Widerstände gegen Veränderungen und Reformen so groß sind. Das hat viel mit Sorgen und Ängsten angesichts schneller Veränderungen zu tun.

Natürlich führt die weltumspannende Kommunikation in *real time* auch zu einer immer enger werdenden Vernetzung. Bei sechs Milliarden Menschen und einer entsprechenden Vielfalt an Kulturen, Traditionen, Religionen, die wir viel stärker wahrnehmen, weil wir viel stärker durch Kommunikationsmöglichkeiten vernetzt sind, kommt es natürlich zu Spannungen. Und da die Ressourcen und der Wohlstand ungleich verteilt sind, wachsen aus dieser Gleichzeitigkeit von Ungleichzeitigem weitere Spannungen und Konflikte. Das ist der Boden für ein unendliches Gewaltpotenzial in dieser unübersichtlich gewordenen Welt.

Es ist nicht überraschend, dass in einer solchen Welt, in einer solchen Zeit das Bedürfnis und die Suche nach religiöser Vergewisserung eher zunehmen. Es ist auch nicht überraschend, dass dieses Bedürfnis bei uns in Europa langsamer entsteht als in anderen Kontinenten, weil wir uns nicht existentiell betroffen glauben. Deswegen ist auch nicht überraschend, dass wir es zunehmend mit religiösem Fundamentalismus und damit einer entscheidenden Quelle heutiger Bedrohungen zu tun haben.

Wenn wir uns mit Ausländerfeindlichkeit, Extremismus, Neigung zu Gewalttätigkeit befassen müssen, sollten wir uns gelegentlich ganz bescheiden fragen, ob das alles nicht Reaktionen auf eigene Ängste, Sorgen und Nöte sind, und dafür nicht andere als Schuldige suchen. Eine ähnliche Ausflucht ist die Flucht in den Fundamentalismus in anderen Kulturen, Religionen und Kontinenten. Jedenfalls sollten wir uns nicht zu sicher sein in Europa. Die schwächer werdende Bindungskraft der christlichen Kirchen ist nicht notwendigerweise ein Beweis für mehr Aufklärung und Vernunft in unseren Breitengraden. Es ist vielleicht auch nur der Vorbote wachsender Verunsicherungen auch in unserem Teil der Welt und ein Potenzial der Anfälligkeit für alle möglichen Verführungen. Schauen Sie nur auf die aktuelle Debatte um Killerspiele und angekündigte Amokläufe in unserem Land.

Im Augenblick sind aber die fundamentalistischen Entwicklungen in anderen, insbesondere islamisch geprägten Teilen der Welt unser vorrangiges Problem. Die weltweite Vernetzung führt hier zu einem weltweiten Gefahrenraum, dessen Teil wir sind – ob es uns nun gefällt oder nicht. Spätestens seit den fehlgeschlagenen Kofferbombenanschlägen sehen wir, dass der Terrorismus auch uns bedroht. Jedenfalls wäre es eine Illusion zu glauben oder zu hoffen, dass das 21. Jahrhundert generell friedlicher sein wird als seine Vorläufer. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob wir davon ausgehen können, dass wir es mit dem Ende des 20. Jahrhunderts nun besser haben werden. So fürchte ich, dass wir uns für die vorhersehbare Zeit auf neue schwerer zu berechnende Bedrohungen des Terrorismus und der asymmetrischen Kriegsführung, also insgesamt auf die Auflösung der traditionellen, klassischen Bezüge einstellen müssen. Damit ist die Grenze zwischen innerer und äußerer Sicherheit im Grunde obsolet geworden.

Dabei geht es gar nicht nur um die Frage, ob man die Bundeswehr zu bestimmten, zu diskutierenden, zu definierenden Voraussetzungen notfalls auch im eigenen Land zu Schutzzwecken einsetzen kann. Es geht zum Beispiel auch um die Entscheidung, uns mit der Bundeswehr am Vollzug des UNO-Mandats im Libanon zu beteiligen. Dadurch setzen wir eben nicht, wie manche behauptet haben, die Bundesrepublik Deutschland zusätzlichen terroristischen Bedrohungen aus, sondern leisten nach meiner Überzeugung ganz im Gegenteil und konsequenterweise unseren Beitrag zur Gefahrenabwehr, zur Abwehr von Bedrohungen durch den Terrorismus, weil wir eben Teil des weltweiten Gefahrenraums sind und nicht mehr sagen können: Wenn wir uns von den Händeln der Welt fern halten und brav zu Hause bleiben, dann wird uns schon nichts passieren.

Wir können die terroristische Bedrohung und ihre Ursachen nicht nur im Inland bekämpfen. Wir müssen unseren Beitrag auch im Ausland leisten, wenn wir unserer Verantwortung gerecht werden wollen. Wir müssen die Ursachen dort bekämpfen, wo sie liegen, daran führt kein Weg vorbei. Und es sind eben diese weltweiten Spannungen und Konflikte, die auch bei uns in terroristische Entwicklungen münden können. Wie der Umgang damit im Einzelnen funktioniert, darüber wird man trefflich streiten können. Aber es hilft eben nichts, die Realität und Existenz dieser Zusammenhänge und Bedrohungen zu bestreiten.

Ich glaube, dass unilaterale Lösungsansätze keine Chance auf Erfolg haben. Deswegen glaube ich auch nicht – der Bericht der Baker-Kommission bestätigt dies –, dass die Amerikaner mit der Rolle der einzig verbliebenen Supermacht in der Welt wirklich glücklich sind – jedenfalls dann nicht, wenn sie nicht sehen, dass sie diese Rolle nutzen müssen, um im Sinne eines partnerschaftlichen Verhältnisses mit möglichst vielen oder gar allen großen und anderen Mächten auf dieser Welt zu kooperieren.

Multilaterale Strukturen und Entscheidungsprozesse bieten eine bessere Chance, um die Eskalation von Konflikten und Bedrohungen auf der Grundlage des beschriebenen Humus zu verhindern. Soweit ist es noch recht einfach, darüber bekommen wir wahrscheinlich noch recht schnell einen Konsens in Deutschland und Europa. Aber die zwangsläufige Konsequenz aus dieser Position, dass unilaterale Entscheidungen falsch bzw. nicht zielführend und auch nicht im Interesse der Vereinigten Staaten von Amerika sind, ist die logisch zwingende Antwort, dass wir uns an der Umsetzung, am Vollzug multilateraler Entscheidungen beteiligen müssen.

Denn es wird am Ende nicht funktionieren, dass wir multilateral entscheiden, was die Amerikaner unilateral zu machen haben. Wir können nicht multilateral entscheiden und anschließend sagen, dass wir uns aber nicht an der Umsetzung beteiligen. Deswegen müssen wir sehen, dass die Europäer eine stärkere Rolle übernehmen müssen. Wenn die Europäer ein starkes, handlungsfähiges, verantwortungsvolles, partnerschaftliches Europa wollen, dann sollten wir uns nicht als Gegengewicht zu den Vereinigten Staaten von Amerika verstehen, sondern als Partner, als einen starken europäischen Pfeiler in der atlantischen Partnerschaft. Auf dieser Basis sollten wir uns bemühen, mit möglichst allen oder möglichst vielen anderen Mächten der Welt partnerschaftlich zusammenzuarbeiten – mit allen, die zivilisatorische Fortschritte errungen haben, die sie sich für die Zukunft bewahren, sichern und weiterentwickeln wollen. Ich glaube, dass dafür auch Chancen vorhanden sind, dass das nicht illusorisch ist.

Ich habe vor einiger Zeit meinen russischen Kollegen – als wir gerade über die Zusammenarbeit in der Bekämpfung der terroristischen Bedrohung sprachen – gefragt,

welche Basis ihm denn für diese Zusammenarbeit am liebsten sei: eine bilateral deutsch-russische, eine zwischen Russland und der Europäischen Union oder eine, an der sowohl Russland als auch Europa und die Vereinigten Staaten beteiligt sind. Seine Antwort war eindeutig: Die Zusammenarbeit von Russland, Europa und Amerika sei der richtige Rahmen.

Die zivilisatorischen Fortschritte sind ja auch die Voraussetzung dafür, dass wir die Chancen und auch die Bedrohungen nutzen, die die moderne Wissenschaft, die Technologie, die industrielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, aber auch die Ressourcenknappheit, die damit verbunden ist, sowie das weltweite Bevölkerungswachstum mit sich bringen. Wir dürfen uns angesichts dieser Herausforderungen nicht zu sehr in die Versuchung führen lassen, unsere Rivalitäten in der alten Weise auszutragen und uns somit auch in unserer Handlungsunfähigkeit gegenseitig zu blockieren.

Es ist übrigens schon bemerkenswert, wenn die „Transatlantic Trends 2006“ zeigen, dass die NATO von der europäischen Bevölkerung als immer weniger wichtig für die Sicherheit im eigenen Land eingeschätzt wird. Denn gleichzeitig wächst in den Vereinigten Staaten die Zustimmung zur NATO nach den letzten Zahlen von 56 auf 61 Prozent. Das ist schon ein bisschen traurig: Während sich die Amerikaner gegenüber der atlantischen Partnerschaft offener zeigen, verschließen sich die Europäer. Man kann sich fragen, was wir da falsch gemacht haben.

Je eher wir in der Lage sind, den Amerikanern einen in ihrem Sinne relevanten Partner zur Seite zu stellen, umso eher werden wir sie auch dazu bringen, dass sie auf europäischen Rat, auf europäische Kritik hören. Das ist wie mit den multilateralen Entscheidungen und dem unilateralen Vollzug: Wenn wir nichts beitragen, dann werden auch unsere Ratschläge und unsere Kritik weniger relevant sein. Deswegen brauchen wir einen größeren europäischen Anteil, der auf Dialog und Partnerschaft, auf Stärke und Entschlossenheit setzt und damit auf Relevanz.

Wir sollten die Hoffnung nicht aufgeben, dass die in den Vereinten Nationen vertretenen Staaten in der Lage sein könnten, neue Formen der Zusammenarbeit zu finden und aus traditionellen Verhaltensmustern herauszukommen. Deswegen glaube

ich nach wie vor an die Reformfähigkeit der Vereinten Nationen. Wenn man sieht, was seit dem Ende des Ost-West-Konflikts möglich geworden ist, dann sollten wir die Hoffnung nicht aufgeben, dass Europa, die Vereinigten Staaten von Amerika, aber auch Russland, China, Indien und andere Mächte neue Formen von Zusammenarbeit entwickeln können, die den neuen Bedrohungen in der Globalisierung ein größeres Maß an Sicherheit entgegensetzen können.

Jedenfalls haben die asymmetrischen Gefährdungs- und Gewaltstrukturen die klassischen zwischenstaatlichen Konfliktlinien ein Stück weit abgelöst und doch eine den Staaten gemeinsame neue Bedrohung stärker werden lassen, die auch neue überstaatliche Interessengemeinschaften und ein entsprechendes Bewusstsein stärken und fördern können. Darin liegt eine Chance, und darin liegt vielleicht die realistischste Chance, um die Bedrohungen durch den internationalen Terrorismus beherrschbar zu machen – wobei ich glaube, dass uns die terroristische Bedrohung erhalten bleiben wird, weil sie die moderne Form von Unordnung in der gewalttätigen Austragung von Konflikten und unterschiedlichen Interessen ist. Dagegen aber müssen wir ein stärkeres Maß an Gemeinschaft entwickeln. Von den 1,2 Milliarden Muslimen, die wir derzeit auf der Erde zählen, will die übergroße Mehrzahl auch keine fundamentalistische Entwicklung. Sie hat genauso ein Interesse an Frieden und Toleranz, an wirtschaftlichen und technischen Entwicklungen.

Das alles, was ich jetzt im Allgemeinen gesagt habe, gilt natürlich auch für den Bereich, den ich als Innenminister in besonderer Weise verantworte. Ich sagte schon, dass ich mir nicht ganz sicher bin, ob der Begriff Sicherheitsarchitektur in dem Sinn, den wir mit Architektur verbinden, wirklich geeignet ist. Jedenfalls was die Innere Sicherheit anbetrifft, ist mir der Begriff des Sicherheitsnetzes lieber. Er entspricht auch den international agierenden Netzwerken der Terroristen, die sich ja immer mehr in Zellen auflösen, die damit flexibler sind und sich schneller ändern. Das liegt in der Natur von Zellen, das wissen wir aus der Biologie. Ich glaube, dass wir auf diese Herausforderungen am besten reagieren können, wenn wir ebenfalls in und mit Netzwerken operieren. Ein einzelner Staat, eine einzelne Behörde kann nicht angemessen handeln.

Ich bin gelegentlich gefragt worden, was sich eigentlich verändert hat, seit ich das erste Mal Innenminister gewesen bin. Der große Unterschied ist, dass der internationale und europäische Teil meiner Aufgaben dramatisch zugenommen hat. Wir brauchen also international eine engere und vertrauensvolle Kooperation, ein internationales Netz partnerschaftlich arbeitender Sicherheitsinstitutionen.

Ein Netz besteht auch aus Löchern, das liegt in der Natur der Sache. Das Bild des Netzes erinnert auch daran, dass es hundertprozentige Sicherheit nicht gibt. Das gilt nicht nur in der Sicherheitspolitik, es gilt in allen Bereichen menschlichen Lebens: in der Medizin, in der Natur, in der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Es gibt im menschlichen Leben keine Vollkommenheit. Darüber kann man in Trauer verfallen. Aber eigentlich gibt es dazu keinen Grund, weil man sich klar machen muss, dass die Unvollkommenheit unserer menschlichen Existenz eine existenzielle Bedingung freiheitlicher Ordnungen ist. Wer hundertprozentige Regelungen anstrebt, landet im Zweifel im Totalitarismus. Also muss man die Unvollkommenheit nicht nur beklagen, sondern sie auch in ihrer grundlegenden Bedeutung akzeptieren.

Aber wenn es keine hundertprozentige Sicherheit gibt, heißt das natürlich nicht, dass man nicht in der Vorsorge das Menschenmögliche tun muss, um so viel wie möglich an Sicherheit zu gewährleisten. In diesem Sinne gibt es nach meiner Überzeugung auch den so oft beschriebenen grundsätzlichen Konflikt zwischen Freiheits- und Sicherheitsinteressen nicht. Wenn man sich im Klaren ist, dass es hundertprozentige Sicherheit nicht gibt, gewinnt man den Spielraum und die innere Freiheit, sich darauf zu konzentrieren, das Menschenmögliche an Sicherheit zu gewährleisten – in den äußeren Dimensionen wie im eigenen Land. Wer sich noch an die DDR und an andere Zeiten erinnert, der weiß, dass Sicherheit ohne fundamentale Freiheitsrechte auch keine rechte Sicherheit ist. Wenn der Staat selbst die Kriminalität in einem unendlichen Ausmaß organisiert, ist die Sicherheit nicht viel wert. Und wer in der schönsten Freiheit lebt, aber seine existenziellen, materiellen Lebensbedingungen nicht gesichert sieht, der empfindet die Freiheitsrechte auch nicht wirklich als bedeutsam.

Und so müssen wir begreifen und verstehen, dass das wichtigste Element der Sicherheitsvorsorge angesichts der so vielfältigen und unübersichtlichen Bedrohungslage die vorsorgende, präventive Information ist. Ohne geheimdienstlich zu beschaf-

fende Informationen, ohne *intelligence*, sind die Sicherheitsdienste nicht in der Lage, das zu leisten, was sie leisten sollen. Information und Kommunikation bestimmen die Funktionsfähigkeit und Effizienz unserer Sicherheitsbehörden und Nachrichtendienste. Das heißt nicht, dass man nicht zwischen polizeilichem Vollzug und nachrichtendienstlicher Informationsbeschaffung trennen muss, was völlig unstrittig ist.

Jedenfalls ist genau dieses Verständnis die Grundlage sowohl des Terrorismusbekämpfungsergänzungsgesetzes wie der Antiterrordatei, deren gesetzliche Grundlagen der Deutsche Bundestag vor zwei Wochen beschlossen hat. Wir brauchen die Antiterrordatei als ein wesentliches Instrument unseres Sicherheitsnetzes aus Bundes- und Landesbehörden, um vorliegende Informationen zu bündeln und unkompliziert zugänglich zu machen. 38 verschiedene staatliche Stellen sind an der Antiterrordatei beteiligt. Ich bin zutiefst von der Richtigkeit unserer föderalen Ordnung überzeugt. Wenn sie richtig ist, muss sie aber auch entsprechend vernetzt sein. Es gilt, die Informationen von 16 Landesämtern für Verfassungsschutz und 16 Landespolizeien, von Bundesnachrichtendienst, Militärischem Abschirmdienst, Bundesamt für Verfassungsschutz, Bundespolizei, Bundeskriminalamt und Zoll zu vernetzen. Sonst funktioniert es nicht.

Das ist nicht ein Fetisch irgendwelcher verrückt gewordener Bürokraten oder Sicherheitsfanatiker. Die Untersuchung des amerikanischen Kongresses über den 11. September hat ergeben, dass die Amerikaner theoretisch alle Informationen gehabt hätten, um den Anschlag vorhersehen zu können. Sie konnten diese aber nicht hinreichend vernetzen. Das ist keine Kritik an dem, was vor dem 11. September in den Vereinigten Staaten von Amerika passiert ist. Aber wer aus solchen Erkenntnissen nicht die notwendigen Lehren zieht, der setzt sich zu Recht der Kritik aus. Das ist das Prinzip, nach dem laut Karl Popper die offene Gesellschaft funktioniert, die sich in einem ständigen Prozess von *trial and error* voranbewegt, indem sie daraus lernt, was schief gelaufen ist.

Die erwähnten 38 Behörden arbeiten auch im Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum zusammen. Das hat schon deshalb eine große Bedeutung, weil es dokumentiert, dass die Zusammenarbeit nicht nur im Gesetz, sondern auch im Alltag ausgezeichnet funktioniert. Das GTAZ findet auch bei unseren ausländischen Partnern

viel Anerkennung und großes Interesse. Ab Januar nächsten Jahres wird das GTAZ um ein Recherchezentrum verstärkt, das sich mit der Beobachtung und Auswertung des Internets beschäftigen wird. Natürlich spielt hier die Beobachtung islamistischer Propaganda eine besondere Rolle. Schon aufgrund der zahlreichen Sprachbarrieren, die die Beobachtung des barrierefreien Internets weiterhin erschweren, brauchen wir eine enge europäische wie internationale Zusammenarbeit. „Check the Web“ heißt die entsprechende europäische Initiative.

Da der physische Spielraum der Terroristen aufgrund des weltweit hohen Fahndungsdrucks immer enger wird, ziehen sie sich zur Vorbereitung, in der Organisation wie auch in der propagandistischen Verbreitung immer mehr in die virtuelle Welt des Internets zurück. Das Internet bietet natürlich auch Terroristen ein gigantisches und kaum zerstörbares Forum. Es ist Kommunikationsplattform, Werbeträger, Fernuniversität, Trainingscamp und *think tank* in einem. Das Internet gewinnt aber nicht nur bei der Terrorismusbekämpfung zunehmende Bedeutung. Die Extremisten von links wie rechts und die organisierte Kriminalität beziehen sich immer stärker auf das moderne Medium.

Cyberkriminalität betrifft die Bürgerinnen und Bürger ebenso wie staatliche Stellen und Wirtschaftsunternehmen. Wir haben im vergangenen Jahr insgesamt mehr als 16.000 neue Varianten böswilliger Schadprogramme entdeckt. Das bedeutet eine Zunahme um 90 Prozent. Viren und Trojaner bedrohen die Sicherheit im Netz und können jeden treffen, der das Internet privat oder beruflich nutzt. Das Internet wird auch verstärkt zu einem Medium der Wirtschaftsspionage. Mit Hilfe modernster Technologien werden elektronische Angriffe auf Netzwerke und Computersysteme von Unternehmen, aber auch Regierungsstellen ausgeführt. Solche Angriffe erfolgen nicht nur im nachrichtendienstlichen Auftrag zur politischen, militärischen und wirtschaftlichen Spionage, sondern auch zur Ausspähung von Konkurrenten.

All das gehört zu den ernsthaften Bedrohungen unserer Sicherheit. Darauf muss der Staat versuchen, adäquate und praktikable Antworten zu finden. Neben anderen Maßnahmen haben wir einen „Nationalen Plan zum Schutz der Informationsinfrastrukturen“ entwickelt, den die Bundesregierung als nationale IT-Sicherheitsstrategie

beschlossen hat und mit dem wir sicherstellen wollen, dass das hohe Niveau der IT-Sicherheit in Deutschland auch in der Zukunft gewährleistet ist.

Wir brauchen neben funktionsfähigen Nachrichtendiensten und Sicherheitsbehörden aber auch eine stärkere Sensibilisierung der Gesellschaft für mögliche Gefahren. Der freiheitliche Staat funktioniert eben nur unter der Voraussetzung, dass er nicht alles selbst erledigt, sondern darauf vertrauen kann, dass die Menschen, die Bürgerinnen und Bürger selbst, vieles in eigener Verantwortung besser schaffen. Deswegen ist die Vermittlung von Werten – angefangen bei der Erziehung bis hin zum vorbildlichen Verhalten von Eliten – auch ein notwendiger Beitrag. Insbesondere muss uns auch die Integration derjenigen Menschen gelingen, die aus welchen Gründen auch immer – sozialen oder migrationsbedingten – schlechter in unsere Gesellschaft integriert sind.

In diesem Zusammenhang – und nur in diesem Zusammenhang – will ich die Bemerkung machen, dass wir mit den über 3 Millionen Menschen, die wir zum islamischen Religions- und Kulturkreis zählen, auch von Staats wegen in eine engere Beziehung treten müssen. Das ist auch der Sinn der Deutschen Islam Konferenz. Weil der Islam Teil unseres Landes und Teil Europas geworden ist, muss es uns gelingen, dafür zu sorgen, dass das Erbe der europäischen Aufklärung nicht verloren geht. Deshalb brauchen wir die Islamkonferenz und einen verstärkten Dialog. Und wir brauchen die Bereitschaft, aus Entwicklungen und Erfahrungen zu lernen und die Offenheit unserer Gesellschaft zu bewahren.

Es gibt im Übrigen – das darf man nicht ausblenden, auch wenn man vorsichtig sein muss – transnationale Kontakte und Netzwerke zwischen Migrantengemeinschaften in unseren westlichen Staaten und islamistischen Gruppierungen in den Herkunftsländern. Auch das gehört zur Wirklichkeit, man kann sie nicht schöner reden, als sie ist. Diese informellen, oft auch familiären Verbindungen können der Verbreitung des internationalen Terrorismus förderlich sein. Darin steckt eine Gefahr, preisgünstige Reise- und Kommunikationsmöglichkeiten in unserem Zeitalter der Globalisierung begünstigen diese Entwicklung, auf die wir mit einer europaweit koordinierten Bekämpfung der illegalen Migration als auch mit den Möglichkeiten des Ausländerrechts reagieren müssen. Ich sage das mit aller gebotenen Zurückhaltung, weil man immer

auch darauf achten muss, keinen Generalverdacht zu fördern. Damit würde man auch das genaue Gegenteil von dem betreiben, was man eigentlich erreichen will.

Wir müssen uns selbstbewusst zu der Überlegenheit unserer freiheitlichen, rechtsstaatlichen und damit auch toleranten Ordnung bekennen und dürfen die Prinzipien nicht aufgeben, auf denen diese Ordnung beruht. Wir müssen auf die Überlegenheit unserer rechtlich verfassten Freiheitsordnung vertrauen. Das bedeutet auch, gewisse Grenzen einzuhalten. Ob unsere amerikanischen Freunde im Zusammenhang mit Guantánamo zu jedem Zeitpunkt hinreichend selbstbewusst und mit genügend Vertrauen in die Schutzfähigkeit, aber auch die Beschränktheit einer freiheitlich verfassten Ordnung gehandelt haben, will ich nur in den Raum stellen, ohne eine abschließende Bemerkung dazu zu machen. Jedenfalls können wir die Freiheit nicht verteidigen, indem wir sie zunächst einmal aufgeben.

Wir müssen aber in der Lage sein, hergebrachte Strukturen immer wieder auf ihre Aktualität und Effizienz hin zu überprüfen. Es geht hier nicht um Denkmalpflege, um im Bild der Architektur zu bleiben, sondern um die Flexibilität und Anpassungsfähigkeit eines Netzes. Wenn wir etwa in der Internetkontrolle, in der Terrorismusbekämpfung die begrenzten Potenziale bündeln wollen, müssen wir sie an einem Ort zusammenfassen. Das geht nicht anders. Und deswegen muss – auch wenn es für die Betroffenen schwierig ist – die entsprechende Abteilung zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus beim Bundesamt für Verfassungsschutz in kooperativer Verbindung mit dem Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum in Berlin zusammengelegt werden – auch zur verstärkten Nutzung der zusätzlichen Potenziale, für die uns der Haushaltsgesetzgeber im Sicherheitsprogramm die Mittel zur Verfügung gestellt hat. Das ist nach dem übereinstimmenden Urteil aller Fachleute unvermeidlich.

Ähnlich ist es mit der Neuorganisation der Bundespolizei. Die Bundespolizei ist eine ungeheuer leistungsfähige Polizei. Aber uns steht die Erweiterung des Schengenraumes bevor. Es wäre keine verantwortungsvolle Sicherheitspolitik, diesen Veränderungen nicht Rechnung zu tragen. Wenn wir an den Binnengrenzen keine Kontrollen mehr durchführen, müssen wir die Bundespolizei anders aufstellen, um unter dem Gesichtspunkt der Effizienz das Optimum zu erreichen. Es gibt eine große Bereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Personalvertretungen, hieran

mitzuwirken, ein vernünftiges, zielführendes Konzept zu entwickeln. Wir werden keine großen Haushaltszuwächse haben, also müssen wir die vorhandenen Mittel effizienter nutzen. Das ist die Grundlage der Überlegungen zur Neuorganisation der Bundespolizei, wie wir sie entwickelt haben.

Wir dürfen niemals vergessen, dass Terroristen zum Ziel haben, die Staaten, die sie aus welchen Gründen oder Motiven auch immer bekämpfen, zu delegitimieren. Und so muss man beim Kampf gegen die Bedrohung des internationalen Terrorismus und mit Blick auf das Sicherheitsnetz der Bundesrepublik Deutschland auch gelegentlich daran denken, dass dieser freiheitlich verfasste Rechtsstaat sich auch nicht selbst delegitimieren darf. Das bringt mich zu der Debatte, die wir durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Luftsicherheitsgesetz bekommen haben. So unwahrscheinlich es scheinen mag, dass sich der 11. September wiederholt: Eine Debatte, die zu dem Ergebnis käme, dass der Staat in einer bestimmten existenziellen Bedrohung nicht in der Lage ist, verfassungsmäßigen Schutz zu gewährleisten, weil das von der Verfassung ausgeschlossen ist, würde zur Delegitimierung dieses freiheitlich verfassten Rechtsstaats führen.

1985 war ein Weltwirtschaftsgipfel in Bonn. Als junger Chef des Kanzleramtes fragte ich damals in aller Bescheidenheit, was wir gegen Bedrohungen aus der Luft vorsehen. Die Antwort lautete: Wir sperren den Luftraum. Daraufhin habe ich ganz laienhaft gefragt, was das hieße. Die Antwort: Das sei eine Rechtsverordnung. Da sagte ich: Und wenn sich einer nicht daran hält? Dann bekäme er ein Bußgeld. Nach geltender Verfassungslage lautet die Antwort: Die Polizei kann es nicht, und die Bundeswehr darf es nicht. Die frühere Bundesregierung hat mit dem Luftsicherheitsgesetz versucht, diese Regelungslücke zu schließen. Das Verfassungsgericht hat das Gesetz nicht völlig überraschend für verfassungswidrig erklärt. Und jetzt sagen manche, dass man da nun nichts machen könne. Menschenleben dürfe nicht gegen Menschenleben abgewogen werden. Das Bundesverfassungsgericht hat allerdings gesagt, das dies im Nichtverteidigungsfall gilt. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat die Angriffe vom 11. September aber als einen Angriff im Sinne der Charta der Vereinten Nationen und damit völkerrechtlich als Verteidigungsfall beschrieben. Und die NATO hat zum ersten Mal in ihrer Geschichte den Bündnisfall nach Artikel 5

ausgerufen, in dem wir uns immer noch befinden. Ich weise nur darauf hin, weil man gelegentlich daran erinnern muss. In diesem Sinne müssen wir die Lücke schließen.

Denn der Verweis auf den übergesetzlichen Notstand funktioniert nur, wenn man den Fall vorher nicht bedacht hat. Aber der Fall ist bedacht und gesetzlich geregelt worden, nur hat das Verfassungsgericht diese Regelung wieder verworfen. Nun kann der Staat nicht sagen, dass er erst einmal nichts unternimmt und im gegebenen Fall einfach die Verfassung bricht. Denn das würde eben eine Delegitimierung des Verfassungsstaats bedeuten. Deswegen müssen wir eine Regelung finden. Und das wird nur gehen, indem man sich den Artikel 87a des Grundgesetzes genau anschaut. Das sage ich nicht, weil ich glaube, dass eine Wiederholung des 11. September in den nächsten Wochen sehr wahrscheinlich sei, sondern weil ich überzeugt bin, dass wir den freiheitlichen Verfassungsstaat auf Dauer nur stabil halten, wenn wir nicht zu feige sind, die Fragen, die aufgeworfen wurden, auch zu beantworten, indem wir das Problem verfassungsrechtlich sauber lösen. Anders geht es nicht.

Die Demokratie, der freiheitlich verfasste Staat muss am Ende so wehrhaft sein wie jede andere staatliche Ordnung – mit den Begrenzungen, die wir unter Freiheit wählen wollen, aber nicht um den Preis, dass die politisch Verantwortlichen sich vor ihrer Verantwortung drücken und es am liebsten auch nicht so genau wissen möchten. Man muss das Wissen, dass es hundertprozentige Sicherheit niemals gibt, nicht als irgendetwas verstehen, das uns traurig machen muss, sondern als eine Grundbedingung menschlicher Existenz, die *conditio* für Freiheit. Aber gerade weil das so ist, muss man das Menschenmögliche tun. Und wenn man das Menschenmögliche getan hat, hat man das Recht, gelassen zu sein. Denn nur wenn wir unsere Pflicht getan haben, können wir sagen, dass der Rest außerhalb unserer Verantwortung liegt.